

Kantonsrat

P 151

Postulat Pardini Gianluca und Mit. über die Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs für alle Menschen

eröffnet am 18. März 2024

Der Regierungsrat soll Massnahmen prüfen, wie er den Erhalt von Mehrfahrtenkarten erwirken und so den Zugang zum öffentlichen Verkehr (öV) für alle Bevölkerungsschichten garantieren kann. Er setzt sich im Verkehrsverbund Luzern mit entsprechenden Mitteln dafür ein.

Begründung

Die Absicht der öV-Branche, die Mehrfahrtenkarte bis 2025 abzuschaffen und stattdessen vermehrt auf digitale Lösungen zu setzen, birgt deutliche Herausforderungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Insbesondere Kinder, Jugendliche und Menschen ohne Smartphone sind von dieser Entwicklung stark betroffen. Die Abschaffung der Mehrfahrtenkarte könnte dazu führen, dass Menschen ohne Zugang zu digitalen Geräten oder ohne die Fähigkeit, digitale Tickets zu erwerben, vom öffentlichen Verkehr ausgeschlossen werden. Auch der Kantonsrat hat die Forderung bereits unterstützt und den Vorstoss von Anja Meier über keine digitale Kluft beim Erwerb von öV-Tickets im Kanton Luzern am 4. Dezember 2023 als Postulat erheblich erklärt.

Denn die Digitalisierung des Ticketvertriebs ist nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleichermassen selbstverständlich. Ältere Menschen, Personen und Haushalte mit einem knappen Budget oder solche ohne Zugang zu digitalen Technologien werden benachteiligt. Hinzu kommt, dass die Mehrfahrtenkarten für Kinder bis zum 16. Geburtstag mit einer Ermässigung erworben werden können, was einem Rabatt für den öffentlichen Verkehr gleichkommt. Diese Bedenken werden auch von verschiedenen Organisationen wie dem Konsumentenschutz, der Caritas, dem Verkehrs-Club der Schweiz und anderen geteilt.

In Anbetracht der Ankündigungen der öV-Branche ist es unerlässlich, dass der öffentliche Verkehr weiterhin für alle Bevölkerungsschichten zugänglich bleibt und die Digitalisierung des Ticketvertriebs nicht zu einer Diskriminierung oder Einschränkung bestimmter Gruppen führt. Der Zugang zum öffentlichen Verkehr muss gewährleistet werden, unabhängig von technologischen Voraussetzungen oder finanziellen Möglichkeiten. Daher ist es erforderlich, dass der Regierungsrat Massnahmen prüft und umsetzt, die sicherstellen, dass der öffentliche Verkehr für alle Menschen in der Schweiz zugänglich bleibt und dass dies zu fairen Bedingungen und mit transparenten Preisangaben geschieht. Dies ist entscheidend, um eine inklusive und gerechte Mobilität für alle zu gewährleisten.

Pardini Gianluca

2001KR.3128 / P-151 Seite 1 von 2

Bühler-Häfliger Sarah, Pilotto Maria, Setz Isenegger Melanie, Brunner Simone, Frye Urban, Schneider Andy, Fässler Peter, Muff Sara, Fleischlin Priska, Widmer Reichlin Gisela, Meyer Jörg, Meier Anja, Schuler Josef, Budmiger Marcel, Ledergerber Michael, Engler Pia, Zbinden Samuel, Koch Hannes, Heselhaus Sabine, Kummer Thomas, Estermann Rahel, Studhalter Irina, Müller Guido, Gfeller Thomas

2001KR.3128 / P-151 Seite 2 von 2